

Berufungspraxis aktuell

Neue Trends, neue Ausstattungs-Mittelwerte

| HUBERT DETMER | MORITZ METZLER | Seit

2005 erhebt der Deutsche Hochschulverband mittels eines Fragebogens Durchschnittswerte zu Ausstattungsmerkmalen in Berufungs- und Bleibeverhandlungen, aber auch zu sonstigen Erfahrungen im Verhandlungsprozess. Nach 2006 und 2007 können nunmehr auf der Grundlage von inzwischen 730 ausgewerteten Fragebögen (Stand: Februar 2009) wichtige Entwicklungen analysiert werden, die für Rufinhaber von großer praktischer Bedeutung sind.

Der jüngsten Auswertungsrun-
de liegen ca. 300 neue Frage-
bögen zugrunde. Wiederum
ist zu verzeichnen (vgl. zuletzt *Det-
mer/Lenk, Berufungsverfahren in
Deutschland, in: F&L 2007, S. 602 ff.*),
dass sich zum einen
Trends bestätigen, es
in Einzelaspekten
zum anderen jedoch
markante Abweichun-
gen zum vorherigen Erhebungszeitraum
zu verzeichnen gibt.

„Erstberufung“ konstant hoch
Die Zahl der „Erstberufungen“ liegt ins-
gesamt bei 62,5 Prozent im Verhältnis
zu Zweit- oder Mehrfachrufen. Diese
Größe ist mittlerweile als Konstante an-
zusehen. Auch das Verhältnis von Ruf-
annahme und Rufablehnung liegt nach
wie vor etwa bei vier zu eins (konkret:
83 zu 17 Prozent), was angesichts der
Zahl der sog. Erstberufungen nicht wei-
ter überrascht.

Auffällig ist die Zunahme befristeter
Anstellungsverhältnisse. Während im
Jahr 2006 die befristeten Professuren le-
diglich 12,68 Prozent ausmachten, im
Jahr 2007 die Zahl aber bereits auf
15,73 Prozent gestiegen war, liegt nun –

im aktuellen Auswertungszeitraum (Ju-
ni 2007 bis Februar 2009) der Wert bei
17,72 Prozent. Diese Zunahme steht je-
doch nicht in einer Korrelation zu einer
Abkehr vom Beamtenstatus. Ganz im
Gegenteil: Die Zahl der Professuren im

»Auffällig ist die Zunahme befristeter Anstellungsverhältnisse.«

Beamtenverhältnis hat im Vergleich zu
den beiden vorangegangenen Auswer-
tungszeiträumen eine Steigerung von
vier Prozentpunkten erfahren (ca. 93
Prozent). Dies bedeutet: Die Zahl der
Beamtenverhältnisse auf Zeit ist deut-
lich gestiegen.

Schnelle Verhandlungen

Eine gestiegene Sensibilität der Hoch-
schulen hinsichtlich der vielerorts man-
gelhaften Ausgestaltung der Prozesse im
hochschulinternen Berufungsverfahren
(von der Ausschreibung bis zur Rufer-
teilung) hat dazu geführt, dass sich erst-
mals auch die Dauer des *gesamten* Be-
rufungsverfahrens verkürzt hat. Wäh-
rend bislang lediglich 30 Prozent aller
Verfahren innerhalb eines Jahres abge-
schlossen waren, sind nun bereits 37

Prozent aller Verfahren kürzer als ein
Jahr. Auch die Anzahl der Verfahren,
die insgesamt länger als 18 Monate dauern
(bislang 36 Prozent), hat sich um 10
Prozent verringert (nun 26 Prozent aller
Verfahren). Im untersuchten Gesamt-
zeitraum (2005-2009) liegt nun die An-
zahl der Verfahren, die innerhalb eines
Jahres abgeschlossen werden konnten,
bei ca. 34 Prozent. Wenngleich dies ein
positiver Trend ist, bleibt hier noch sehr
viel Luft nach oben.

Konstant auf einem guten Niveau
liegt demgegenüber die *Verhandlungs-
zitigkeit*. Die individuellen Verhand-
lungen waren bereits bislang in mehr als
50 Prozent aller Fälle binnen dreier
Monate nach Ruferteilung abgeschlos-
sen. Dieser gute Wert hat sich im letzten
Auswertungszeitraum nochmals erhöht
(aktuell: ca. 60 Prozent aller Fälle).

Stärken und Schwächen des Berufungsverfahrens

Der eingangs erwähnte Fragebogen be-
inhaltet auch sog. offene Fragen zu den
Stärken und den Schwächen des Beru-
fungsverfahrens resp. der Bleibever-
handlungen. Während bis 2007 noch 40
Prozent der Befragten die zu lange Dau-
er als die mit Abstand größte Schwäche
des Berufungsverfahrens angaben, liegt
dieser Wert bei den jüngst Befragten nur
noch bei 33 Prozent.

Darüber hinaus ist interessant, dass
im Rahmen der offenen Fragen – nach
wie vor – mehr negative als positive As-
pekte des Berufungsverfahrens artiku-
liert werden. Das Verhältnis von negati-
ven zu positiven Anmerkungen liegt in
der jüngsten Erhebung bei 331 zu 250.

In hohem Maße ambivalent ist dabei
die Beurteilung der Transparenz des
Verfahrens: Während (relativ konstant)
ca. ein Zehntel der Befragten die Trans-
parenz des Verfahrens ausdrücklich als

AUTOR EN

Hubert Detmer, Rechtsanwalt, ist promovierter Jurist und
stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Hochschul-
verbandes (DHV).

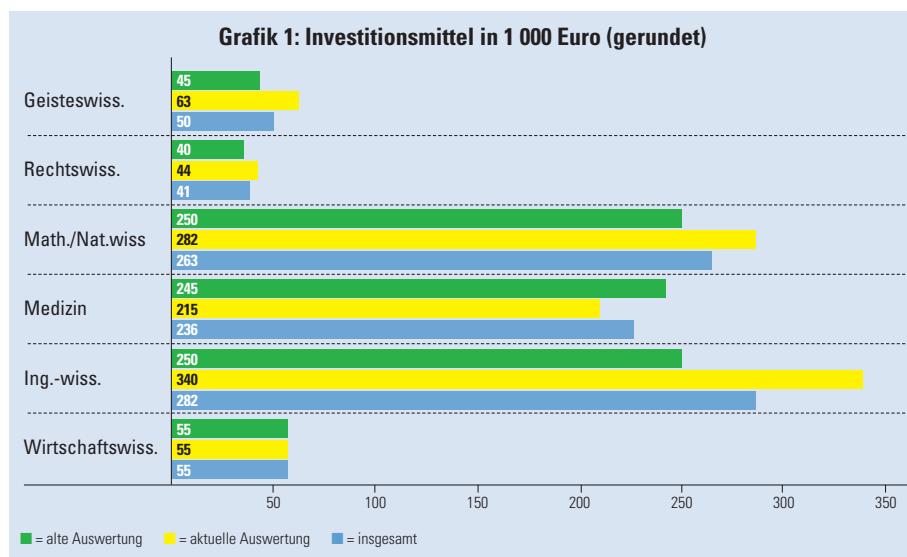
Moritz Metzler, Dipl.-Jurist, ist Rechtsreferendar und wissen-
schaftlicher Mitarbeiter beim DHV.



positiv hervorhebt, kritisieren 15 Prozent der Befragten die Intransparenz des Berufungsverfahrens. Immerhin 12 Prozent der jüngsten Rückmeldungen erwähnen explizit, dass der Bewerberauswahl ein formal korrekter und fairer Wettbewerb zugrunde liegt. Speziell auf Berufungsverhandlungen bezogen beantworteten immerhin ca. 8 Prozent der Kandidaten den mangelnden Handlungsspielraum; 5 Prozent der Befragten hingegen nannten gerade den Handlungsspielraum als Stärke des Berufungsverfahrens. Ein markantes Positivum wird den Fakultäten zugeschrieben: Immer wieder wird betont, dass im Verhandlungsprozess eine sehr konstruktive Unterstützung durch die potentiellen Kollegen vor Ort als hilfreich empfunden wurde.

Ruferteilung durch Hochschulen

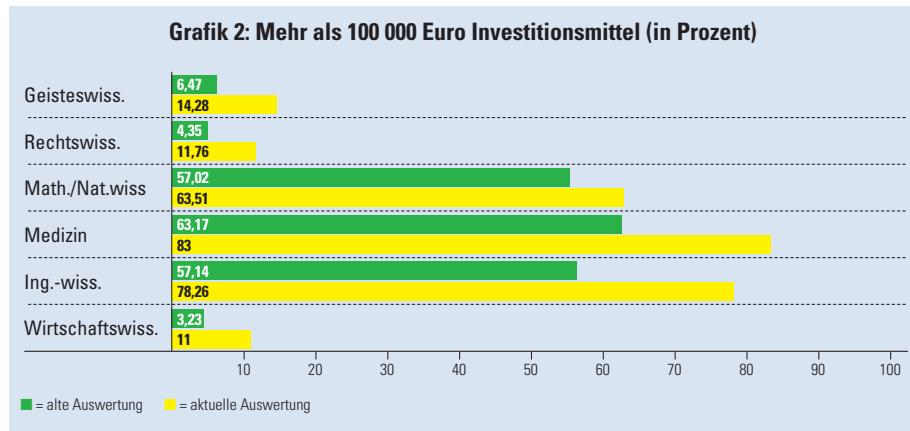
Aufgrund legislativer Veränderungen erstaunt es nicht, dass sich das Verhäl-



ma von ca. 75 Prozent aller Befragten zumindest überwiegend als positiv beurteilt worden war. Dieses Ergebnis hat sich auch in der jetzigen Auswertung bestätigt. Die Zahl der Befragten, die

auffällig besser beurteilt wurde als in den Vorjahren.

Bedenklich stimmen demgegenüber nach wie vor die erheblichen lokalen oder auch von der jeweiligen Verhandlungskonstellation abhängigen Unterschiede. Einer norddeutschen Universität wird ins Stammbuch geschrieben: „Die Hochschulleitung und die senatorische Behörde waren nicht bereit, „auf Augenhöhe“ zu verhandeln“. Auch im Osten der Republik gibt es negative Ausreißer: „Die Art des Umgangs während der Berufungsverhandlungen war so entwürdigend, dass ich sie als starkes Motivationshemmnis erlebt habe“. Zudem gibt es – was durchaus als repräsentativ anzusehen ist – Unsicherheiten, die mit der Gesetzgebung zusammenhängen: „Die Berufung zum Beamten auf Zeit empfinde ich als starke Belastung. Es ist völlig unklar, was das konkret bedeutet: Zwar wurde versichert, dass nach Ablauf der fünf Jahre die Stelle „in der Regel“ in ein Lebenszeitverhältnis umgewandelt wird, jedoch: Welche Rechtssicherheit hat man? Was geschieht z.B. bei einem Strukturwandel der Universität?“. Und



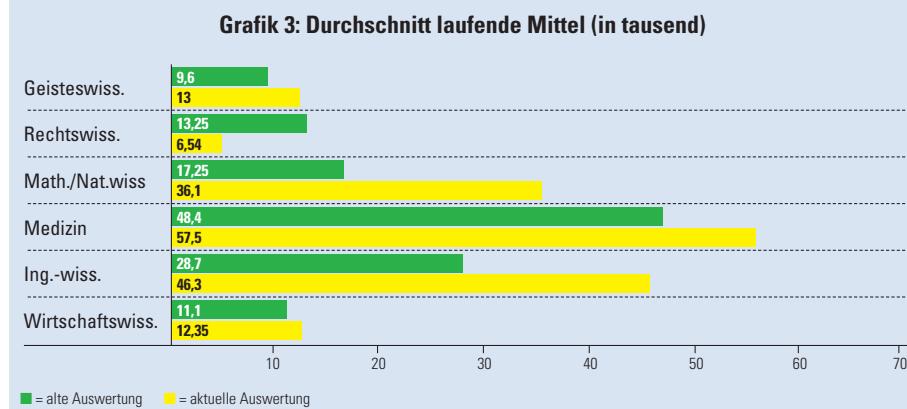
nis von Ruferteilung durch die Hochschulleitung zur Ruferteilung durch das Ministerium weiter verschoben hat. Aktuell liegt das Verhältnis bei 63 zu 37 Prozent (zuletzt: 57 zu 43 Prozent).

Der eigentliche Berufungsverhandlungsprozess gestaltet sich in nahezu allen Fällen „bottom up“. Sehr konstant ist der Anteil der späteren Rufinhaber, die bereits vor Ruferteilung Informationen über den Verlauf des Berufungsverfahrens erhalten haben. Dies gilt auch für die Zahl derjenigen, die nach Ruferteilung einen Termin auf Fakultätsebene wahrnehmen, um dort ihre Konzeption in Forschung und Lehre abzustimmen (gut 90 Prozent).

Verhandlungsklima: Tendenz steigend

Bereits im Berufungsverfahren-Ranking 2008 (Detmer/Meurs: Berufungskultur vor Ort; in: F&L 2008, S. 304 ff.) stellte sich heraus, dass das Verhandlungskli-

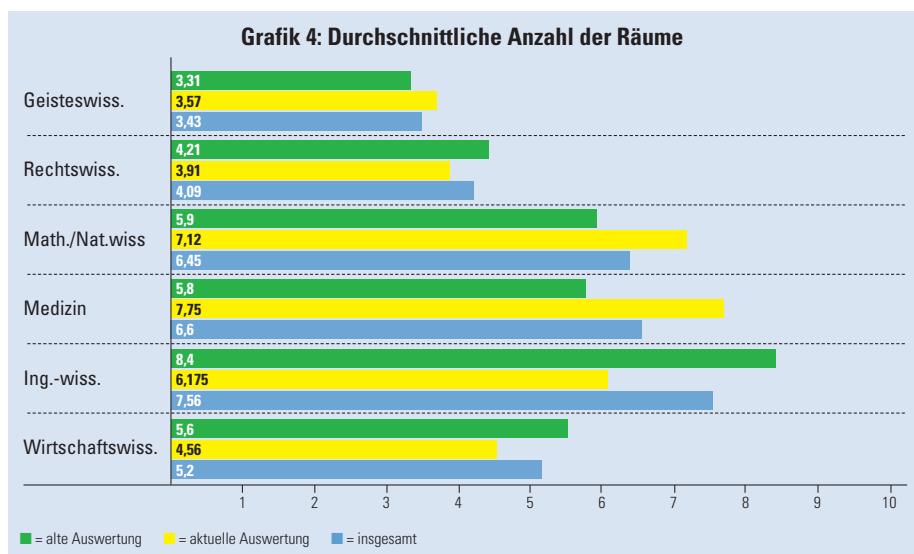
ma von ca. 75 Prozent aller Befragten zumindest überwiegend als positiv beurteilt worden war. Dieses Ergebnis hat sich auch in der jetzigen Auswertung bestätigt. Die Zahl der Befragten, die



auch in ein und demselben Bundesland ist das Klima von Ort zu Ort höchst unterschiedlich: „Dem Kanzler ging es offenbar nur darum, Geld einzusparen. Sein „großzügiges“ Angebot war ein Hohn“. Dagegen an einer anderen Universität: „Es war ein sehr angenehmes, konstruktives Verhandlungsklima. Ich hatte den Eindruck, der Fachbereichsleiter und der Dekan hatten mein Konzeptionspapier gelesen und mit dem Kanzler einen Kompromiss vereinbart. Der Fachbereichsleiter und der Dekan haben sich sehr für mich eingesetzt, so dass ich mit diesem Rückhalt gut verhandeln konnte ...“.

Fächerspezifische Ausstattung

Das Kernelement des Fragebogens ist nach wie vor die Abfrage wichtiger Ausstattungsmerkmale. Die Auswertung unterscheidet zwischen den Geisteswissenschaften (inkl. der Sozialwissenschaften), den Rechtswissenschaften,



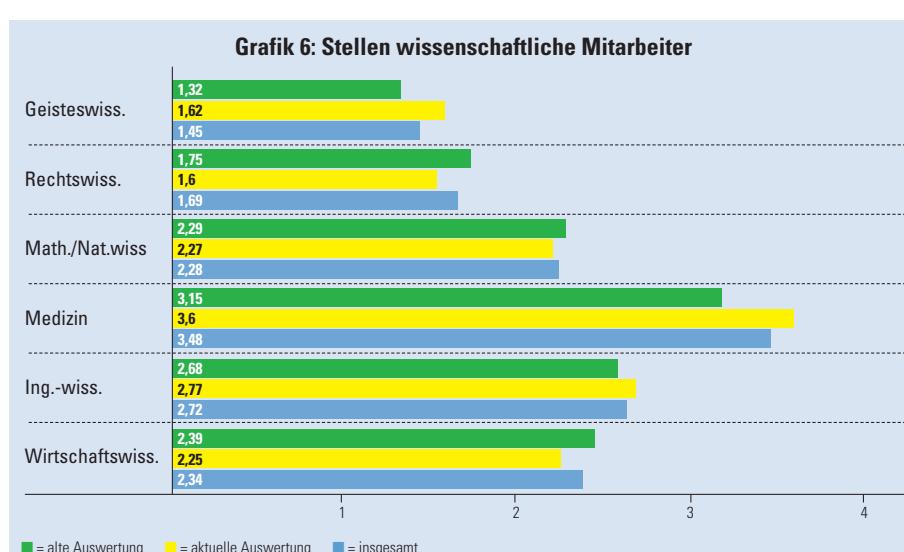
fikten verdeutlichen ebenso wie die im Folgenden hervorgehobenen Durchschnittswerte, wie stark die Ausstattungsquantität vom jeweiligen Fach geprägt ist.

mittel im aktuellen Auswertungszeitraum in vielen Fächergruppen zum Teil spürbar angestiegen sind. Dies betrifft insbesondere die Ingenieurwissenschaften, den mathematisch- und naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften. Lediglich im Bereich der Medizin ist ein Rückgang festzustellen. Der Bereich Wirtschaftswissenschaften bleibt hingegen unverändert. Im Bereich der durchschnittlich gewährten Investitionsmittel ergeben sich folgende neue Durchschnittswerte (bezogen auf den gesamten Erhebungszeitraum; Angaben in Euro):

| | |
|-------------------------------------|---------|
| Geisteswissenschaften: | 52 000 |
| Rechtswissenschaften: | 41 000 |
| Mathematik und Naturwissenschaften: | 263 000 |
| Medizin: | 236 000 |
| Ingenieurwissenschaften: | 282 000 |
| Wirtschaftswissenschaften: | 55 000 |

der Mathematik und den Naturwissenschaften, der Medizin, den Ingenieurwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften. Die hier publizierten Gra-

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit prominenten Sonderprogrammen wie der Exzellenzinitiative ist der Umstand zu sehen, dass die Investitions-



Betrachtet man darüber hinaus den aktuellen Auswertungszeitraum (2007/2009) [s. Grafik 1] separat und fokussiert man dabei die „Spitzenausstattungen“, so ist auffällig, dass innerhalb der Disziplinen die Bandbreite der Ausstattungsangebote stärker als bislang divergiert; mit anderen Worten: Es kommt zu einer Vermehrung von Spitzenausstattungen. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften erreichten im letzten Auswertungszeitraum 2007/2008 immerhin 14 Prozent Investitionsmittel über 100 000 Euro (zuvor: 9 Prozent), im Bereich der Rechtswissenschaften knapp 12 Prozent (vorher: 4 Prozent). Auch im Bereich der Ingenieurwissenschaften stieg der Anteil von 67 auf 78 Prozent [s. Grafik 2].

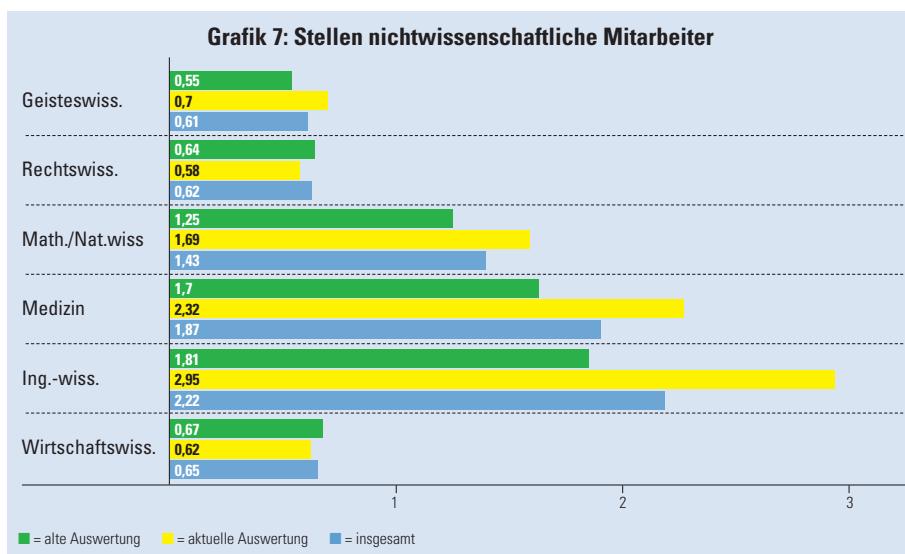
Bei den laufenden Mitteln wurden die bisherigen Durchschnittswerte bis auf die Rechtswissenschaften (jüngste Erhebung: nur 6 500,- Euro im Schnitt) größtenteils bestätigt. Zum Teil stiegen sie aber auch markant (Durchschnittswerte 2005 - 2009; Angaben in Euro):

| | |
|-------------------------------------|--------|
| Geisteswissenschaften: | 10 000 |
| Rechtswissenschaften: | 11 000 |
| Mathematik und Naturwissenschaften: | 25 000 |
| (vormals ca. 17 000) | |
| Medizin: | 52 000 |
| Ingenieurwissenschaften: | 35 000 |
| (vormals 29 000) | |
| Wirtschaftswissenschaften: | 12 000 |

Betrachtet man den neuen Auswertungszeitraum separat, ist auffällig, dass bei den laufenden Mitteln die Rechtswissenschaft *im Durchschnitt* verliert (nun 6 500 Euro), Mathematik und Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften aber erheblich zulegen (Mathematik und Naturwissenschaften: 36 000 Euro gegenüber 17 000 Euro (bis 2007) und Ingenieurwissenschaften: 46 000 Euro gegenüber 29 000 (bis 2007) [s. Grafik 3]).

Auch die Raumanzahl ist stark von der jeweiligen Disziplin abhängig. Eindeutige Gewinner im Beobachtungszeitraum waren hier der Bereich Mathematik und Naturwissenschaft und die Medizin. Verlierer waren die Ingenieurwissenschaften. In den Durchschnittswerten spiegelt sich dies „abgeflacht“ wider [s. Grafik 4].

Im Bereich der Personalstellen gab es in der Medizin und in den Ingenieurwissenschaften deutliche Zugewinne,



die sich auch in den absoluten Durchschnittswerten widerspiegeln. Die Durchschnittswerte (über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg), separiert für wissenschaftliches Personal und nicht-wissenschaftliches Personal, sind den entsprechenden Graphiken zu entnehmen [s. Grafiken 5, 6 und 7].

12 000 Euro pro Jahr, die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter bei ca. 2,5 und die Anzahl der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter bei 0,66. Lediglich bei den Räumen flacht der Durchschnittswert ein wenig ab. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaft ist eine leichte Steigerung zu bemerken, im Bereich der Rechtswissenschaft eine leichte Abflachung.

Erhebliche Ausreißer nach oben und nach unten gibt es insbesondere im Bereich der Medizin, im Bereich der Ingenieurwissenschaften, aber auch im Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften. Dies hängt nicht zuletzt mit der Heterogenität der in diesen Segmenten zusammengefassten Fächer und mit der hiermit einhergehenden Heterogenität der Ausstattungsangebote zusammen.

»Die Bandbreite der Ausstattungsangebote innerhalb der Disziplinen divergiert stärker als bislang – mit anderen Worten: Es kommt zu einer Vermehrung von Spitzenausstattungen.«

Resümee

Nach nunmehr insgesamt drei Auswertungsetappen (2005/2006, 2007 und nun 2008/2009) kann insbesondere festgehalten werden, dass die Ausstattung in den Wirtschaftswissenschaften (Durchschnittswerte) von Konstanz geprägt ist. Die Investitionsmittel liegen seit Beginn der Erhebung bei gut 50 000 Euro, die laufenden Mittel bei ca.

Anzeige

